

Fachausschuss Alter und Pflege

–nis– Der Fachausschuss Alter und Pflege startete ins Jahr 2023 unter einem neuen Vorsitz. Frau Dr. Elisabeth Fix (Leiterin Kontaktstelle Politik, Deutscher Caritasverband e.V.) leitete die vier Sitzungen des Fachausschusses mit großem Engagement – mit tatkräftiger Unterstützung ihrer Stellvertreterin, Dagmar Vogt-Janssen (Leiterin des Fachbereichs Senioren der Stadt Hannover).

In den ersten beiden Sitzungen beschäftigte sich der Fachausschuss insbesondere mit der Pflegereform. Maria Becker (Leiterin der Unterabteilung 42 des BMG) informierte in der Februar-Sitzung über den Stand der Verhandlungen zum Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG), welches im Juli 2023 in Kraft trat. Zudem stand in dieser Sitzung das Thema Demenz auf der Tagesordnung. Zum einen berichteten Dr. Kathrin Bernateck (BMFSFJ) sowie Saskia Weiß (Deutsche Alzheimergesellschaft, DALzG) über den Umsetzungsstand der Nationalen Demenzstrategie (NDS) und stellten die Maßnahme der Ehrenamtlichen Erstbegleitung vor. Diese ist als Maßnahme im Handlungsfeld 2 „Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen unterstützen“ verortet. Die DALzG hat eine Handreichung für die Maßnahme erstellt, die u.a. Voraussetzungen für die ehrenamtlichen Begleitenden benennt und ein Curriculum für die Schulung der Begleitenden enthält. Zum anderen präsentierte die Cäcilia-Schwarz-Preisträgerin Dr. Henrike Voß ihre Forschungsarbeit zum Thema „Was bindet Menschen mit Demenz ans Leben? – Eine erweiterte Perspektive auf Advance Care Planning“ (ACP). ACP wurde als vorausschauende Behandlungsplanung über den § 132g SGB V zwar in Pflegeheimen etabliert, aber Demenz im ACP-Konzept bislang nicht berücksichtigt. Der hohe Lebenswille von Menschen mit Demenz als zentrales Ergeb-

nis der Forschungsarbeit zeige, das ACP auch bei Menschen mit Demenz stärker genutzt werden sollte.

In der Sitzung im Mai 2023 wurden der Austausch zur Pflegereform fortgeführt und spezifische Aspekte herausgegriffen. Rudolf Herweck (ehemaliger Leiter der altenpolitischen Abteilung im BMFSFJ und bis 2021 im Vorstand der BAGSO) und Marianne Weg (ehemalige Leiterin der Abteilungen Arbeitsmarktpolitik, Gleichstellungspolitik, Arbeitsschutzpolitik im Hessischen Sozialministerium) berichteten beispielsweise über die aktuelle Situation zu Live-In-Care bzw. über die sogenannte 24-Stunden-Pflege. Sie stellten Eckpunkte für eine Neugestaltung der 24-Stunden-Pflege vor. Wie mit der Herausforderung der Sicherstellung einer Gesundheitsversorgung insbesondere im ländlichen Raum umgegangen werden kann, zeigte Thomas Altgeld (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.) anhand unterschiedlicher Ansätze aus Niedersachsen auf. Dazu gehörten das Konzept der Gesundheitsregionen, regionale Versorgungszentren und regionale Gesundheitszentren.

In der Sommersitzung wurden innovative Konzepte der Pflegeversorgung in den Blick genommen. Kontrovers wurde das Burgenländer-Pflegemodell (Österreich) diskutiert, welches von Dr. Johannes Zsifkovits (Geschäftsführer der Pflegeservice Burgenland GmbH) vorgestellt wurde. Dieses sieht neben einer Pflege- und Sozialberatung auch ein Anstellungsmodell für Angehörige vor. Zentral ist hierbei, dass Angehörige keine Pflegeaufgaben übernehmen dürfen, d.h. keine pflegenden Angehörigen sind, sondern lediglich als Betreuer fungieren. Die Anstellung erfolgt beim Landesunternehmen, der Pflegeservice Burgenland GmbH, die dafür 2019

neu gegründet wurde. Die Angehörigen erhalten eine volle sozialversicherungsrechtliche Absicherung, Anspruch auf Erholungsurlaub und Ersatzkräfte bei Krankheit. Außerdem stellte Kaspar Pfister (Geschäftsführender Gesellschafter der BeneVit Gruppe) das Modellprojekt „Stambulant“ vor. Mit dem sogenannten Hausgemeinschaftskonzept, welches stationäre Sicherheit mit ambulanter Vielfalt verbindet, wurde ein Lösungsversuch unternommen, das schlechte Image der stationären Pflege zu verbessern, indem die Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen stärker in den Vordergrund gerückt werden. Ziel des Projektes ist es, mehr Wohnen und Lebensqualität zu wirtschaftlichen, nachhaltigen und leistbaren Konditionen für alle Beteiligten zu erreichen. Herr Pfister verdeutlichte anhand von Vergleichstabellen die personellen und finanziellen Vorteile von Stambulant u.a. gegenüber einer rein stationären Versorgung. Das Projekt stieß auf große Zustimmung bei den Mitgliedern. Darüber hinaus wurden in der Sitzung der Hitzeschutzplan des BMG, das Familienpflegezeitgesetz des BMFSFJ und der neunte Altersbericht des DZA thematisiert.

Die vierte und letzte Sitzung des Fachausschusses in 2023 befasste sich mit verschiedenen Facetten der Präventionsarbeit. Prof. Dr. Thomas Klie stellte das Projekt „Gesund und Gewaltfrei“ (<https://www.gesund-gewaltfrei.bayern/>) vor. Ziel des Projektes ist es, innovative Präventionskonzepte für die professionelle Pflege in den Alltag ihrer Einrichtung zu integrieren, um eine gesunde und gewaltfreie Lebens- und Arbeitswelt zu schaffen. Dazu sieht das Projekt auch Elemente der Personal- und Organisationsentwicklung vor. Welche Möglichkeiten Theaterpädagogik in der Arbeit mit Menschen mit Demenz bieten kann, zeigten Carolin Kraska

und Corinna Rohwer vom Kommunalen Seniorenservice der Stadt Hannover auf. Sie berichteten über das Projekt „Demenz bewegt (Theater) bewegt Demenz“ (<https://www.seniorenberatung-hannover.de/info/unsere-handlungsfelder/projekte>). Ziel des Projektes ist es, Pflege- und Betreuungskräfte auch mit Unterstützung von Theaterprofis in die Lage zu versetzen, Aktivität und Lebensfreude vor allem von Demenzerkrankten spielerisch zu fördern. Dazu wurden eine Tool-Box für Durchführende inkl. eines Leitfadens mit theaterpädagogischen Grundlagen sowie ein Work-Book zur Projektsteuerung u.a. mit Hinweisen zu organisatorischen Rahmenbedin-

gungen und Planungshilfen für einen Theateraktionstag erarbeitet. Des Weiteren stellte Karoline Adamski (Leiterin des Caritas Forums Demenz, Caritasverband Hannover e.V.) den unter Leitung der Landesfachstelle Demenz erarbeiteten Versorgungspfad zur besseren, vernetzten gerontopsychiatrischen Versorgung schwer erreichbarer Klientel vor. Dieser beinhaltet eine kommunale Unterstützungskonferenz (bestehend u.a. aus den Senioren- und Pflegestützpunkten sowie dem Sozialpsychiatrischen Dienst), die die individuelle ambulante Begleitung/Unterstützung der Klientel sicherstellen soll. Darüber hinaus ist die Einbindung eines Beistands

(Art Kümmerer/in) vorgesehen, die/der als Bindeglied zwischen der betroffenen Person und dem System agieren soll. Anknüpfend an die 51. Herbsttagung der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention tauschte man sich schließlich zum Thema Suizidprävention und den Eckpunkten einer Nationalen Suizidpräventionsstrategie aus.

Recht der Betreuung



Herausgegeben vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. und Lambertus-Verlag.

2. Auflage 2023, 308 Seiten, kart., 12,90 €, für Mitglieder des Deutschen Vereins 9,90 €
ISBN Print 978-3-7841- 3516-8

Diese neu bearbeitete Ausgabe enthält die Vorschriften zur rechtlichen Betreuung, die v.a. im Bürgerlichen Gesetzbuch, aber auch in anderen Gesetzen, Verordnungen und Satzungen enthalten sind. So enthält diese Ausgabe vollständige Texte oder Auszüge aus insgesamt 25 Normen, u.a. dem Grundgesetz, der UN-Behindertenrechtskonvention, dem Betreuungsorganisationsgesetz und dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz.

Zum besseren Verständnis des Betreuungsrechts wurde den Rechtsgrundlagen eine Einführung von Anja Mlosch, wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.,

vorangestellt. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis rundet diese Textausgabe ab.

Bei allen Vorschriften wurde jeweils der aktuelle Stand berücksichtigt (Stand: Januar 2023)

Bestellungen versandkostenfrei in unserem Online-Buchshop: www.verlag.deutscher-verein.de